

***S.A.M.I. – ein Gemeinschaftsprojekt aller Behörden und  
Institutionen in München zur Verbesserung der Sicherheit  
und Ordnung im öffentlichen Raum***

**Wilfried Blume-Beyerle  
Robert Kopp**

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):  
Sicher leben in Stadt und Land  
Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages  
16. und 17. April 2012 in München  
Forum Verlag Godesberg GmbH 2013, Seite 291-296

978-3-942865-15-9 (Printausgabe)  
978-3-942865-16-6 (eBook)

**Wilfried Blume-Beyerle / Robert Kopp**

## **S.A.M.I. – ein Gemeinschaftsprojekt aller Behörden und Institutionen in München zur Verbesserung der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum**

München gehört seit vielen Jahren zu den sichersten Städten Deutschlands und Europas. Mit ausschlaggebend dafür ist die gute und konsequente Arbeit der Sicherheitsbehörden, deren Arbeit sich auf qualitativ hohem Niveau befindet. Dies resultiert auch aus der jahrelangen, hervorragenden Zusammenarbeit und Kooperation zwischen dem Polizeipräsidium München und dem Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München.

Das Polizeipräsidium München und das Kreisverwaltungsreferat treten Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereits in den Anfängen energisch entgegen, um den Rechtsfrieden in der Stadt, aber auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger verlässlich gewährleisten zu können.

Insbesondere aufgrund der kontinuierlich steigenden Einwohnerzahlen kommt es gerade im öffentlichen Raum und auf öffentlichen Plätzen immer wieder zu Problemen:

Durch Drogen- und Alkoholszenen und die damit oftmals einhergehenden „Aus-schreitungen“, durch osteuropäische Bettelbanden und störendes Verhalten verschiedener Gruppierungen an bestimmten Örtlichkeiten gerät das normale Gleichgewicht oftmals in eine Schiefelage.

### **Vor-S.A.M.I.**

Um hier mit den richtigen Maßnahmen anzusetzen und den richtigen und angemessenen Ausgleich zwischen Hilfsangeboten, präventiver Arbeit, aber auch repressiven Maßnahmen zu finden, haben sich Kreisverwaltungsreferat, Referat für Gesundheit und Umwelt, Sozialreferat und Polizeipräsidium München in der Vergangenheit regelmäßig in „kleinen Arbeitskreisen“, „Runden Tischen“ und einzelfallbezogenen Besprechungen zu neuralgischen Plätzen oder Problemen im öffentlichen Raum getroffen.

Die erforderlichen Maßnahmen wurden am Einzelfall erörtert und soweit möglich auch umgesetzt. Hierbei wurden selbstverständlich auch andere betroffene Dienststellen, Anwohner, Geschäftsleute und Bürgergremien eingebunden.

Letztendlich gab es jedoch für eine Vielzahl von einzelnen Problemstellungen eine Vielzahl an Arbeitskreisen, Runder Tische und Besprechungen mit oftmals ähnlicher Zusammensetzung.

Um hier künftig effizienter vorzugehen, wurde in einem ersten Schritt im Rahmen eines kleinen „Arbeitskreises“ mit Polizei, Kreisverwaltungsreferat, Sozialreferat und Referat für Gesundheit und Umwelt/Streetwork versucht, auf Arbeitsebene und in regelmäßigen Sitzungen alle problematischen Örtlichkeiten und Problemlagen zu erörtern und Maßnahmen festzulegen. Diese regelmäßige Form der Besprechungen hat sich zwar als gutes Instrument erwiesen, allerdings fehlte es an einer gewissen Institutionalisierung dieses Gremiums und die Entscheidungs-Ebene war zu niedrig; Entscheidungen mussten mit den höheren Hierarchien rückgekoppelt werden, so dass letztendlich in diesem Gremium doch keine endgültigen Festlegungen und Entscheidungen getroffen werden konnten.

Da sich diese Form der Zusammenarbeit jedoch grundsätzlich bewährt hat und sich die Problematik im öffentlichen Raum teils durch Verlagerungsbewegungen, teils durch andere Umstände verschärft hatte, wurde zwischen Polizeipräsidium München und Kreisverwaltungsreferat beschlossen, das bestehende Gremium weiter zu optimieren und ihm einen institutionellen Charakter zu geben.

So wurde am 14.01.2009 das gemeinsame „Sicherheits- und Aktionsbündnis Münchner Institutionen“ (**S.A.M.I.**) ins Leben gerufen, um gerade den Konflikten im öffentlichen Raum künftig noch effektiver begegnen zu können und den anerkannt hohen Sicherheitsstandard in München weiter auszubauen.

### **S.A.M.I.-Ziele**

Ziel des Sicherheits- und Aktionsbündnisses ist es, durch gemeinsames und koordiniertes Handeln der jeweils zuständigen Behörden und Institutionen, die bereits in der Vergangenheit sehr gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und Landeshauptstadt München noch enger zu gestalten. Durch aktive Präventionsarbeit sollen Probleme in einem ressortübergreifenden Ansatz frühzeitiger erkannt, rascher gelöst und so das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung weiter nachhaltig gestärkt werden.

Durch ganzheitliche Betrachtung und ein abgestimmtes Vorgehen aller tangierten Stellen können umfassende und angemessene Lösungsstrategien für Problembereiche – gegebenenfalls auch schon im Vorfeld strafrechtlich relevanter Verhaltensweisen – entwickelt werden.

Die Arbeit des **S.A.M.I.** basiert auf Erkenntnissen der Bündnispartner über die Situation örtlicher Häufungen von Ordnungs- und Sicherheitsstörungen, die geeignet sind, das Sicherheitsempfinden und damit die Lebensqualität zu beeinträchtigen. Im Rahmen eines regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausches sollen nach Bewertung und Analyse vorliegender Erkenntnisse konkrete Maßnahmen gegen sich abzeichnende oder erkannte Problembereiche vereinbart werden. Die verantwortlichen Stellen führen dann die jeweils vereinbarten Maßnahmen im eigenen Zuständigkeitsbereich durch und berichten bei der nächsten Sitzung über deren Umsetzung.

Hierdurch wird stets ein umfassender Überblick über den aktuellen Sachstand und alle getroffenen Maßnahmen gewährleistet.

Neben regelmäßigen Kontakten zwischen den beteiligten Stellen im täglichen Dienstbetrieb finden vierteljährliche bzw. anlassbezogen terminierte Sitzungen statt, in denen sich alle Beteiligten entsprechend der eigenen Zuständigkeiten und Möglichkeiten an einer schnellen und nachhaltigen Problemlösung in verantwortlicher Weise beteiligen.

**S.A.M.I.** setzt sich aus einem engen und einem erweiterten Teilnehmerkreis zusammen. Der enge Kreis besteht aus dem Polizeipräsidium München, dem Kreisverwaltungsreferat, dem Sozialreferat, dem Baureferat und dem Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München. Dieser Kreis kann je nach Bedarf einzelfallbezogen um weitere städtische Referate und sonstige Behörden oder Institutionen, wie beispielsweise die Bundespolizei, die Münchner Verkehrsgesellschaft oder die Deutsche Bahn AG, erweitert werden. Die Leitung des Bündnisses teilen sich das Polizeipräsidium München und das Kreisverwaltungsreferat München, vertreten durch Herrn Polizeivizepräsidenten Kopp und Herrn berufsmäßigen Stadtrat Dr. Blume-Beyerle.

### **Grundlage der S.A.M.I.-Arbeit**

Die grundlegenden Informationen für die Arbeit des Aktionsbündnisses liefert die vom Polizeipräsidium München geschaffene Datenbank „LOS-PPM“ (Lagebild Ordnungsstörungen des Polizeipräsidioms München). In dieser EDV-Anwendung erfassen die Polizeiinspektionen alle Örtlichkeiten im Stadtgebiet, an denen es vermehrt zu Sicherheits- und Ordnungsstörungen kommt. In der Datenbank werden neben Erkenntnissen aus einschlägigen Dateien, wie z. B. der polizeilichen Kriminalstatistik oder dem Zentralen Einsatzunterstützungssystem, auch die im Rahmen des täglichen Dienstbetriebes erhaltenen Informationen, die Mitteilungen der Bürger sowie Erkenntnisse aus Bürgerversammlungen und der regionalen Presse berücksichtigt. Auf Grundlage der hier gesammelten Daten wird jeweils im Vorfeld der turnusmäßigen Arbeitssitzungen vom Polizeipräsidium München das „Lagebild Ordnungsstörungen“ erstellt und den Bündnispartnern zugeleitet.

### **S.A.M.I.-Arbeit**

Einer der Schwerpunkte der Arbeit des Aktionsbündnisses ist die Beobachtung von Treffpunkten von Angehörigen sozialer Randgruppen, wenn diese mit szenetypischen Sicherheits- und Ordnungsstörungen einhergehen. In den vergangenen Jahren sind insbesondere drei öffentliche Plätze im Stadtgebiet München als Aufenthaltsörtlichkeiten von Angehörigen der Alkoholiker- bzw. Betäubungsmittelszene in den Fokus der beteiligten Institutionen gerückt. Nachdem an den einzelnen Örtlichkeiten Straftaten und szenetypische Ordnungsstörungen teilweise deutlich gestiegen waren,

wurden im Rahmen des Sicherheits- und Aktionsbündnisses die notwendigen Maßnahmen aller beteiligten Behörden abgestimmt, um koordiniert und zielorientiert an der Problemlösung zu arbeiten. So wurden beispielsweise durch das Polizeipräsidium München die polizeilichen Kontrollmaßnahmen intensiviert, regelmäßig Schwerpunktkontrollen durchgeführt und zudem eine Videoüberwachungsanlage installiert. Durch das Kreisverwaltungsreferat wurde begleitend eine Vielzahl von bußgeldbewehrten Aufenthaltsverboten erlassen und seitens des Referates für Gesundheit und Umwelt die Streetworkarbeit personell verstärkt sowie der Kontakt zu den Betreibern der umliegenden Substitutionseinrichtungen und Therapiezentren intensiviert. Darüber hinaus hat das Baureferat durch gestalterische Maßnahmen die sogenannten „Rückzugsräume“ für die Szeneangehörigen in den öffentlich zugänglichen Bereichen verringert.

Durch dieses abgestimmte, umfassende Maßnahmenbündel ist es gelungen, innerhalb kürzester Zeit eine deutliche Entspannung der Sicherheitslage durch rückläufige Straftaten und Ordnungswidrigkeiten am jeweiligen Platz zu erreichen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wieder zu stärken.

Mit Beruhigung der Situation an den einzelnen Örtlichkeiten endet jedoch die Arbeit des Sicherheits- und Aktionsbündnisses noch nicht. Im Rahmen eines Controllings werden die behandelten Örtlichkeiten und insbesondere die betroffenen Szeneangehörigen weiterhin genau „beobachtet“, um eine etwaige Rückkehr, beziehungsweise mögliche Verdrängungstendenzen an andere Örtlichkeiten mit neuerlichen Brennpunktbildungen frühzeitig zu erkennen und bereits im Ansatz entsprechend darauf zu reagieren.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld des Sicherheits- und Aktionsbündnisses ist es, nach Lösungsmöglichkeiten für „Konflikte“ zu suchen, bei denen die einzelnen Behörden an ihre Grenzen stoßen. Gerade im öffentlichen Raum und auf öffentlichen Plätzen kommt es immer wieder durch störendes Verhalten verschiedenster Gruppierungen zu Konflikten, die mit den üblichen behördlichen Ordnungsinstrumentarien nicht dauerhaft gelöst werden können.

So hat sich beispielsweise in den letzten Jahren ein Platz in der Münchner Innenstadt zu einem exponierten und beliebten Treffpunkt in den Abend- und Nachtstunden bei Einwohnern und Touristen entwickelt.

Die überwiegend jungen Menschen verweilen völlig friedlich an der Örtlichkeit und auch der überwiegende Teil der Gespräche ist für sich betrachtet lärmschutzrechtlich nicht zu beanstanden. Durch die Masse der Unterhaltungen entsteht jedoch eine für die Anwohner insgesamt störende Geräuschkulisse, deren Reduzierung auf ein erträgliches Maß an polizeiliche und sicherheitsrechtliche Grenzen stößt.

Nachdem in der Vergangenheit eine Vielzahl von Maßnahmen der beteiligten Behörden nicht den gewünschten Erfolg erbrachten, wurde im Jahr 2010 von den Bündnispartnern als neuer Lösungsansatz die Idee zur Durchführung einer Mediation geboren und das Sozialreferat der Landeshauptstadt München mit der Umsetzung dieser Maßnahme beauftragt. In mehreren, von externen Mediatoren durchgeführten, Mediationsitzungen ist es zwischenzeitlich gelungen, die Problematik in das Bewusstsein der Nutzer und Anwohner zu rufen. Darüber hinaus haben die beiden Konfliktparteien gemeinsam nach neuen, eigenen Lösungsmöglichkeiten gesucht. Die hier gesammelten Ideen werden nun zum einen von den jeweils zuständigen Referaten auf ihre Durchführbarkeit überprüft und sollen anschließend soweit möglich umgesetzt werden. Darüber hinaus hat sich aus dem Kreis der Mediationsteilnehmer zwischenzeitlich ein Arbeitskreis gebildet, der losgelöst von den behördlichen Maßnahmen versucht, die nicht-behördlichen Lösungsvorschläge umzusetzen.

### **Schlussbemerkung**

Nach nunmehr über 3 Jahren **S.A.M.I.** kann resümiert werden, dass dieses Sicherheitsbündnis die bereits langjährige Kooperation zwischen den jeweiligen Behörden und Institutionen sinnvoll ergänzt und abrundet. Die **S.A.M.I.**-Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum der Landeshauptstadt München und trägt damit letztlich auch dazu bei, dass München auch in Zukunft eine der sichersten Städte in Deutschland und Europa bleibt.

## **Inhalt**

Vorwort	1
<b>I. Der 17. Deutsche Präventionstag im Überblick</b>	
<i>Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner</i> Münchener Erklärung	5
<i>Erich Marks / Karla Schmitz</i> Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 17. Deutschen Präventionstages	9
<i>Erich Marks</i> “Sicher is’, dass nix sicher is’, drum bin i’ vorsichtshalber misstrauisch.” zur Eröffnung des 17. Deutschen Präventionstages	35
<i>Wiebke Steffen</i> Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag: Sicher leben in Stadt und Land	47
<i>Joachim Herrmann</i> Grußwort des Bayerischen Staatsministers des Innern	121
<i>Christian Ude</i> Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München	127
<i>Rainer Strobl / Christoph Schüle / Olaf Lobermeier</i> Evaluation des 17. Deutschen Präventionstages	131
<b>II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte</b>	
<i>Axel Groenemeyer</i> Wege der Sicherheitsgesellschaft	177
<i>Norbert Seitz</i> Facetten des Bevölkerungsschutzes – nicht polizeiliche Sicherheitsinteressen von Bürgerinnen und Bürgern	195
<i>Rita Haverkamp</i> Gefühlte Sicherheiten und Sicherheitsgefährdungen – Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD)	205
<i>Bernhard Frevel / Christian Miesner</i> Das Forschungsprojekt Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt - KoSiPol	215

<i>Dirk Behrmann / Anke Schröder</i> Kriminalprävention in der Stadtentwicklung - ein Blick in vier Europäische Länder	221
<i>Holger Floeting</i> Sicherheit in deutschen Städten. Ergebnisse zweier Kommunalumfragen	231
<i>Sybille Oetliker / Tillmann Schulze</i> Sichere Schweizer Städte 2025	237
<i>Joachim Häfele</i> Zum Einfluss von abweichendem Verhalten auf das subjektive (Un-) Sicherheitsgefühl und personale Kriminalitätseinstellungen. Eine Mehrebenenanalyse	243
<i>Dieter Hermann</i> Bedingungen urbaner Sicherheit - Kriminalprävention in der Postmoderne	275
<i>Wilfried Blume-Beyerle / Robert Kopp</i> S.A.M.I. – ein Gemeinschaftsprojekt aller Behörden und Institutionen in München zur Verbesserung der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum	291
<i>Martin Schairer</i> Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger	297
<i>Herbert Schubert</i> Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau und das Qualitätssiegel für sicheres Wohnen in Niedersachsen	303
<i>Frederick Groeger-Roth / Herbert Schubert</i> „Das kommt aus Amerika, das geht hier nicht...“ Erfahrungen mit „Communities That Care – CTC“ in Niedersachsen.	329
<i>Christiane Sadeler</i> Trotz alledem: die Geschichte der Kriminalprävention in Kanada am Beispiel einer Gemeinde	345
<i>Marie-Luis Wallraven-Lindl</i> Städtebauliche Kriminalprävention	347
<i>Detlev Schürmann</i> Sicherheitsaudit zur Städtebaulichen Kriminalprävention	359



<i>Melanie Blinzler</i> Nachhaltigkeit und Kommunale Prävention	373
<i>Bernd Fuchs / Reiner Greulich</i> Netzwerk Rhein-Neckar / Heidelberg - Chancen genutzt und auf Dauer angelegt	383
<i>Rainer Cohrs</i> Sicher in Bus und Bahn - Präventionsarbeit bei der Münchner Verkehrsgesellschaft	395
<i>Gunnar Cronberger / Guido Jabusch</i> Schritt für Schritt – ÖPNV-Nutzung durch Menschen mit geistiger Behinderung	399
<i>Gerd Neubeck</i> Ganzheitliche Sicherheitskonzepte setzen einen Schwerpunkt auf Prävention	405
<i>Wolfgang Gores / Julia Muth</i> Zivilcourage Ja! - Aber wie?	407
<i>Christian Weicht</i> Räumliche Kriminalprävention – Jugend im öffentlichen Raum	411
<i>Thomas Kutschaty</i> Konzepte und Maßnahmen einer umfeldbezogenen Jugendkriminalprävention in Nordrhein-Westfalen	417
<i>Andreas Mayer</i> Präventionsangebote für ältere Menschen im Zeichen gesellschaftlichen Wandels	433
<i>Holger Bölkow / Celina Sonka</i> Phänomenübergreifende Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität	445
<i>Helmut Fünfsinn / Helmut Seitz</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung	449
<i>Silke Eilzer / Heinz-Peter Mair</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung in Europa	457
<b>III Autoren</b>	465